

Highlights der zweite Pressekonferenz des EHFG 2020

Health politics beyond COVID-19 – Time for a European Health Union!

Freitag, 2. Oktober 2020

Die zweite und finale Pressekonferenz des EHFG fand unter dem Motto "Health politics beyond COVID-19 – Time for a European Health Union!" statt. Im Hinblick auf die Lehren, die aus der Covid-19 Pandemie gezogen werden können, wurden neue Ansätze diskutiert, um die Rolle der Europäischen Union in der regionalen und globalen Gesundheitspolitik zu stärken.

Ilona Kickbusch, Gründungsdirektorin, Global Health Programme, Graduate Institute Genf

Ilona Kickbusch hob die wichtigsten Schritte für eine erfolgreiche Gründung einer European Health Union hervor und unterstrich auf die wichtige Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Weltgesundheitsorganisation:

"Wenn wir über die European Health Union diskutieren, gibt es zwei Schlagworte: Europäische Solidarität und europäische Souveränität. Es geht nicht nur um den Wiederaufbau, sondern darum, die European Health Union tatsächlich voranzubringen, und zwar entlang von drei Schlüsselpfeilern: die sozialen Determinanten der Gesundheit; rechtzeitiger, bezahlbarer Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung für alle Europäer; und die Stärkung der bestehenden europäischen Institutionen. Und natürlich gibt es auch die Idee, ein neues Zentrum, wie das BARDA in den Vereinigten Staaten, für fortgeschrittene, biomedizinische Forschung zu schaffen. Einige sagen, all dies sollte kombiniert werden, um eine wirklich sehr starke European Health Union mit ausreichend Entscheidungsgewalt zu schaffen".

"Die European Health Union muss eine demokratische Union für Gesundheit sein. Sie muss natürlich in richtiger Kommunikation mit den Mitgliedstaaten sowie mit der Kommission, dem Parlament und dem Rat haben. Aber sie muss auch die Stimme der Zivilgesellschaft, die Stimme der Patienten und die Stimme der jungen Menschen integrieren. Wir möchten die Menschen ermutigen, sich mit einer die European Health Union auseinander zu setzen, das Manifest zu unterstützen und dieses Thema auf der Konferenz über die Zukunft Europas zu diskutieren."

"Die Europäische Union ist sowohl politisch als auch finanziell zu einem absolut unverzichtbaren Partner der WHO geworden. Die EU hat erhebliche finanzielle Beiträge zu einer ganzen Reihe der gegenwärtigen Covid-19 Programme geleistet, und die Kommissionspräsidentin hat auch die riesige Spendenaktion für den ACT-Accelerator in die Wege geleitet. Auch angesichts des Verhaltens der Vereinigten Staaten, die sich derzeit für einen Austritt aus der WHO entschieden haben, ist die Europäische Union eine unerschütterliche Stütze gewesen und hat die WHO viel proaktiver als in der Vergangenheit unterstützt".

Sylvie Briand, Direktorin, Global Infectious Hazards Preparedness Department, Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Sylvie Briand hob den negativen Einfluss der 'Infodemic' auf das Management von Pandemien hervor und sprach über die Rolle der EU bei der Neugestaltung eines globalen Gesundheitsmultilateralismus:

"Die Pandemie hat die verschiedenen Reaktionen der Länder aufgezeigt, aber auch die Kluft zwischen ihnen offenbart. Es ist nicht so einfach zusammenzuarbeiten, auch wenn die Bedrohung global ist. Es ist sehr schwierig, eine kollektive Solidarität zu erreichen: Das ist mit der COVAX-Facility gelungen, also funktioniert es, aber es ist schwierig. Solidarität kann man nicht mitten in einer Krise erfinden. Wir müssen sie vor der Krise aufbauen."

"Das Management der 'Infodemic' ist der Schlüssel. Wir haben einen Tsunami an Informationen über Covid-19, gut oder schlecht, und das hat zu Verwirrung geführt, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den politischen Entscheidungsträgern. Wir müssen die Art und Weise unserer Zusammenarbeit verbessern und unsere Bereitschaft in Solidarität und Kooperation verankern."

"Die Entwicklung neuer Gesundheitsmodelle in Krisenzeiten kann eine Herausforderung sein, da wir oft nur die Krise selbst angehen. Deshalb müssen wir effektive Mechanismen aufbauen, die genügend Flexibilität gewährleisten, um sich an jede Art zukünftiger Gesundheitsbedrohungen anzupassen und jede Art von Krise zu bewältigen."

"Die Europäische Union hat umfangreiche Erfahrungen mit der Entwicklung länderübergreifender Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gesammelt und kann dieses Fachwissen nutzen, um zur Diskussion über einen neuen globalen 'Gesundheitsmultilateralismus' beizutragen."

"Eine der sozialen Auswirkungen dieser Krise sind die zunehmenden Ungleichheiten zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern. Deshalb müssen wir die Gesundheit mit ihren sozialen, physischen und psychischen Komponenten in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen. Wir müssen zusammenarbeiten, um Wege zu finden, die Bevölkerung besser einzubinden. Wir haben auf lokaler Ebene viel Kreativität und Innovation gesehen und wir können diese Erfahrungen in größerem Maßstab zum Nutzen der gesamten Europäischen Union einsetzen."

Caroline Costongs, Direktorin, EuroHealthNet

Caroline Costongs sprach über die 'Syndemie' von nicht übertragbaren Krankheiten, gesundheitliche Ungleichheiten und Covid-19 sowie die Notwendigkeit mentale Gesundheit auf EU-Ebene zu priorisieren:

"Die Möglichkeit eines ernststen Krankheitsverlaufs von Covid-19 wird aufgrund bereits bestehender nichtübertragbarer Krankheiten (NCDs) und gesundheitlichen Ungleichheiten noch verstärkt. Wir müssen Covid-19 nicht nur als Pandemie, sondern auch als 'Syndemie' betrachten, was bedeutet, dass das Krankheitsbild von Covid-19 durch NCDs und gesundheitliche Ungleichheiten sozusagen verzerrt wird. Es ist eine Schande, dass wir eine so große Prävalenz von NCDs haben. Etwa 70% der globale Krankheitslast sind auf NCDs zurückzuführen, die weitgehend vermeidbar sind, wie z.B. Krebs."

"Wenn wir eine European Health Union errichten wollen, dann müssen wir einen viel umfassenderen Ansatz verfolgen und nicht nur die biomedizinischen Aspekte der Pandemie, sondern auch die psychosozialen Aspekte berücksichtigen. Dieser holistische Ansatz ist für sehr wichtig für uns und daran arbeiten auch unsere Mitglieder, die nationalen Institute."

"Die mentale Gesundheit wird von der Europäischen Union und der Europäischen Kommission bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt. Sie hatten in der Vergangenheit ihre Chancen, aber sie haben sich nicht für eine umfassende Strategie zur mentalen Gesundheit ausgesprochen. Glücklicherweise hat die WHO in ihrem neuen Europäischen Arbeitsprogramm die mentale Gesundheit als eine ihrer Prioritäten identifiziert. Die WHO und die EU könnten in dieser Hinsicht viel enger zusammenarbeiten."

"Die globale Gesundheitsstrategie der Europäischen Kommission ist sehr alt und wird nicht erneuert. Der Corona-Wiederaufbau-Fonds ist nur für die 27 EU-Mitgliedstaaten und nicht für Entwicklungsländer bestimmt. Die Kommission wird daher prüfen müssen, wie sie eine stärkere Rolle

in der globalen Gesundheit einnehmen kann, wie es die deutsche EU-Ratspräsidentschaft befürwortet."

"Eine europäische BARDA oder das ECDC wird sich nicht mit psychosozialen Faktoren und allen möglichen damit zusammenhängenden Aktivitäten befassen, aber es handelt sich um sehr wichtige Aktivitäten. Behörden und Organisationen in den einzelnen Ländern arbeiten allerdings an diesem Thema und könnten von einer engeren Zusammenarbeit und einem Informationsaustausch so viel mehr profitieren können. An dieser Stelle versucht EuroHealthNet die Führung zu übernehmen, um diese Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu bieten."